

## Lieber Rutschbahn statt Chef\*innensessel

Das sandsteinfarbene Bern ist in den letzten Jahren eine richtig bunte Stadt geworden, auch dank diversen mehr oder weniger begabten Sprayer\*innen. Es mag von den Farbtupfern bis Flecken halten, was es will – wir finden, es gibt Wichtigeres als den Tourist\*innen ein „sauberes“ Bern vorzugaukeln. Oder wie war das nochmal mit den chinesischen Pflastersteinen für Berns aufgefrischte Marktgasse: Unter den Pflastersteinen soll doch der Strand liegen und nicht die Zwangsarbeit. Uns ist es wichtig, gerade in der Lokalpolitik, vor lauter Bäumen die Palmölplantagen in Südostasien nicht aus dem Blick zu verlieren. Apropos: TiSA ist nicht etwa die Abkürzung für eine neue Zahnbürste ...

Wir wollen den Finger auf wunde Punkte legen, unangenehm sein und gleichzeitig konstruktiv an Ideen und Lösungsvorschlägen mitarbeiten. Wir wollen dem Bündnis der RGM-Parteien (Rot-Grün-Mitte) unter den linken Arm greifen und dabei konsequent für alle eintreten, die nicht das „Glück“ haben, in finanziell gesicherten und wohlbehüteten Verhältnissen aufgewachsen zu sein bzw. zu leben.

Mitte und Mainstream interessieren uns nicht. Unsere Stärke ist die Nähe zu Basisbewegungen und unsere Unabhängigkeit von etablierten und privilegierten Lobbyinteressen. Sirup und Schnaps statt Cüpli und Lachsbrötli, Picknick statt Apéro riche. Wir verstehen uns als Anlaufstelle für alle, die ungerecht behandelt werden und deren Stimmen in der Politik und anderswo kein Gehör finden. Ausserdem wollen wir Mut machen für wilde Ideen. Politik heisst für uns ausprobieren und auch mal verrückt sein. Drum lieber eine Rutschbahn vom Rathaus in die Aare als Chef\*innensessel im Erlacherhof!

Wir verstehen uns als Brücke zwischen Parlament und ausserparlamentarischen Gruppen sowie sozialen Bewegungen, als ein politisches Zwischenwesen. Wir stehen ein für mehr Zivilcourage und weniger Polizeipräsenz. Wir wollen einen öffentlichen Raum mitgestalten, der mehr ist als eine kostenpflichtige öffentliche Toilette plus sexistische Bilder auf

Werbeplakaten. Wir setzen uns ein für ein Vereinshaus in der Stadt Bern, das ein fruchtbarer Boden für erblühendes, zivilgesellschaftliches Engagement sein soll.

Und ja, wir sind ein Häufchen anarchistischer Idealist\*innen, die an Freiheit und globale Solidarität glauben! Auch uns ist bewusst, dass die Welt nicht so bald zum Paradies wird – leider. Ein Versuch ist es dennoch wert! Wir wollen mehr fördern und weniger verbieten. Solidarität hat vor allem mit Taten zu tun, darum wollen wir hier aufhören mit Worten. Falls du's doch noch genauer wissen willst, wünschen wir gute Lektüre oder noch besser: vorbeikommen und mitmachen!

## Politik und gesellschaftliche Partizipation

Mitbestimmen zu können und von dieser Möglichkeit auch Gebrauch zu machen ist die Basis einer echten Demokratie. Deshalb machen wir uns stark für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für alle Bevölkerungsgruppen.

Eine Demokratie wird nur dann zu einer gelebten Demokratie, wenn alle Bevölkerungsgruppen politisch aktiv sind und sich einbringen können. Damit politische Rechte von möglichst vielen Bewohner\*innen genutzt und aktiv ausgeübt werden, braucht es sowohl kurzfristig wirksame, niederschwellige Mitbestimmungsmöglichkeiten, die für alle offen sind (inklusive geeigneter Räume und Angebote), als auch die langfristige und gezielte Förderung von entsprechenden Fähigkeiten. Gerade dem Bildungswesen kommt die zentrale Aufgabe zu, Menschen darin zu fördern, sich mit politischen Fragen differenziert auseinanderzusetzen, sich für Interessen einzusetzen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und sich organisieren zu können. Andererseits braucht es in der Politik und Verwaltung eine Grundhaltung, welche die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen fördert.

Es soll auf allen Altersstufen und in allen Bevölkerungsgruppen das Bewusstsein über die politischen Möglichkeiten Veränderungen herbeizuführen gestärkt werden. Die Welt ist immer nur eine gemachte, daher eine Welt, die es zu gestalten gilt. Dementsprechend soll Raum für autonome Bildung und Selbstorganisation geschaffen werden. Gestaltung geschieht immer im Dialog, deshalb setzen wir uns für die Vernetzung und Zusammenarbeit aller linken Kräfte und emanzipatorischen sozialen Bewegungen in Bern, der Schweiz und weltweit ein.

- Wir setzen uns ein für das Stimm- und Wahlrecht aller in Stadt und Kanton Bern wohnhaften Personen. Politische Rechte sind die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Mitgestaltung an der Entwicklung der Lebenswelt. Nur dadurch ist echte Integration möglich.
- Wir fordern die Einführung einer Städtebürger\*innenschaft (Urban Citizenship) in Bern. Diese garantiert Bewohner\*innen unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten und erlaubt, dass sich Bewohner\*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus angstfrei im öffentlichen Raum ihres Wohnortes bewegen können.
- Lokale unabhängige Medien, wie z.B. Radio Rabe, sind für die Information der Bevölkerung über aktuelle Themen unerlässlich. Die Berner Tageszeitungen und Lokalmedien (TeleBärn, Radio Bern 1 etc.) sind von wirtschaftlichen Interessen geprägt, was eine unabhängige Berichterstattung einschränkt. Lokale unabhängige Medien sollen durch städtische Gelder, die an keine interessengebundenen Verpflichtungen und Forderungen an bestimmte Inhalte geknüpft sind, unterstützt werden.
- Quartierzentren wie diejenigen der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (VBG) spielen eine wichtige Rolle als niederschwellige Treffpunkte. Sie fördern Begegnung, Austausch, Vernetzung und damit auch Mitbestimmung und Gestaltung von Lebensraum für verschiedenste Bevölkerungsgruppen. Sie stärken den sozialen Zusammenhalt und kulturellen Austausch in den Quartieren. Die Stadt soll solche Institutionen und Initiativen weiterhin finanziell, personell und logistisch unterstützen. Weitere Formen und Initiati-

ven, welche politische und gesellschaftliche Mitbestimmung auf niederschwellige Weise fördern, wie beispielsweise die autonome Schule denk:mal, sind ebenfalls durch Räumlichkeiten und Finanzen durch die Stadt zu unterstützen.

- Wir setzen uns ein für einen Freiwilligendienst nach dem Vorbild des Zivildienstes, ohne Koppelung an die Wehrpflicht. Wir sind davon überzeugt, dass ein freiwilliger Zivildienst, wie er etwa in Deutschland und Österreich als freiwilliges Sozialjahr existiert, auch in der Schweiz ein Bedürfnis darstellt. Ein solcher Dienst ermöglicht es, nicht nur Einblicke in andere gesellschaftliche Tätigkeitsbereiche zu erhalten, sondern leistet gleichzeitig einen Beitrag zum Zusammenleben und fördert das gegenseitige Verständnis verschiedener sozialer Gruppen. Dadurch wird die Zivilgesellschaft insgesamt gestärkt.
- In der laufenden Legislatur haben wir uns mit verschiedenen Vorstössen für die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten eingesetzt:
  - Städtische Angestellte sollen ins Parlament gewählt werden dürfen: Wir haben ein Postulat eingereicht, verschiedene Abstufungen der Mitgliedschaft von städtischen Angestellten im Parlament zu prüfen. In Bern sind aktuell sämtliche Mitarbeiter\*innen der städtischen Verwaltung vom Parlament ausgeschlossen. Städte wie Biel, Thun oder Zürich kennen zwar ebenfalls Einschränkungen, schliessen aber die Wahl von städtischen Angestellten ins Parlament nicht generell aus. Das Postulat zur Prüfung dieser Forderung wurde von der SP und den Bürgerlichen verhindert. „Für alle statt für wenige“ meint offenbar, dass es die SP vorzieht, über städtische Angestellte zu sprechen, anstatt sie selber zu Wort kommen zu lassen. Die Bürgerlichen verteidigen mit ihrer ablehnenden Haltung ihre politischen Pöstchen.
  - Seit 2014 werden die Abstimmungszettel der Stadt Bern elektronisch ausgezählt. Dies erschwert die Nachvollziehbarkeit der Resultate und mit dem entsprechenden Wissen werden die Abstimmungsergebnisse systematisch manipulierbar. Deshalb

haben wir uns für eine Sistierung des Verfahrens und eine eingehende Überprüfung der Sicherheitsmassnahmen eingesetzt. Die Sistierung des Verfahrens bis nach der gründlichen Überprüfung des Systems durch ein Audit wurde abgelehnt. Die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung stehen noch aus.

- Stadträt\*innen sollen sich bei Abwesenheiten vertreten lassen können. Mutter- oder Vaterschaftsurlaube, längere (berufliche) Reisen und ähnliches führen im Parlament immer wieder dazu, dass Mandate über längere Zeit nicht wahrgenommen werden. Dies kann zu verzerrten Abstimmungsresultaten führen und beeinträchtigt auch die Kontinuität der inhaltlichen Arbeit im Rat selbst. Die Diskussion dazu steht noch an.
- Der Ringhof soll ein Haus der Vereine werden! In Genf gibt es bereits ein solches Gebäude: Das „Maison des associations“ trägt viel zum politischen und sozialen Leben bei, indem es unzähligen Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einen günstigen Büroraum bietet und die Vernetzung verschiedener Projekte ermöglicht. Die Stadt Bern soll den Ringhof nach Auszug der Kantonspolizei vom Kanton übernehmen und dort ein solches Vereinshaus ermöglichen.

## Gleichstellung und Antidiskriminierung

Wir wehren uns gegen alle Formen der Ungleichbehandlung und Diskriminierung. Diskriminierung ist immer Ausdruck von gesellschaftlichen Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen, deshalb kann diese nur durch mehr Gleichheit zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, Geschlechtern und Generationen angegangen werden. Privilegien, egal aufgrund welcher angeborenen oder zugeschriebenen Merkmale sollen nicht weitervererbt werden, sie gehören abgeschafft.

Seit tausenden von Jahren versuchen patriarchale Strukturen, autoritäre Wirtschaftssysteme, sozialdarwinistische Ideologien und das Denken in Nationalstaaten die Menschen zu spalten. Ausdruck davon sind beispielsweise das Denken in Geschlechterrollen, rassistische und sexistische Stereotypen oder der ungleiche Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, Gesundheit und weiteren öffentlichen Dienstleistungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Sprache, sexueller Orientierung sowie physischen und psychischen Voraussetzungen.

Trotz verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Gleichstellung bestehen weiterhin erhebliche Lohnungleichheiten zwischen Mann und Frau (bei gleicher Arbeit und Qualifikation) sowie Unterschiede bei der Ausbezahlung von Altersrenten und anderen Sozialleistungen. Die Politik der Gleichstellung und feministische Forderungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, eine neoliberale Agenda schönzureden und Sozialabbau, Rentenkürzungen und die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse voranzutreiben.

- Die Stadt muss die Benachteiligung von Frauen durch geringere Entlohnung trotz gleicher Arbeit und Qualifikationen aktiv bekämpfen. Dazu soll die Stadt geeignete Massnahmen vorschlagen und gemeinsam mit betroffenen Akteuren umsetzen.
- Das im städtischen Aktionsplan für Gleichstellung festgehaltene Ziel, dass Männer und Frauen nach Geburt oder Adoption eines Kindes eine Reduktion des Beschäftigungsgrades um maximal 20 Prozent machen können, soll bei der Umsetzung nicht nur auf biologische oder rechtlich verankerte Elternschaft, sondern auch auf soziale Elternschaft ausgeweitet werden.
- Jobsharing und Teilzeitpensen sollen für alle städtischen Angestellten unabhängig ihrer Funktion möglich sein. Die Stadt soll Stellen, deren Pensum zwischen 80 und 100% beträgt, immer mit dem Hinweis ausschreiben, dass ein Jobsharing möglich ist.
- Bern soll eine Stadt sein, die für alle gleichermassen zugänglich ist, so dass die Zuschreibung „Mensch mit Behinderung“ bei alltäglichen Tätigkeiten an Bedeutung verliert. Die Stadt Bern soll öffentliche Gebäude, den öffentlichen Raum, die Nutzung des ÖV,

kulturelle Angebote und Freizeitangebote die städtischen Arbeitsstellen so gestalten, dass die tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung Realität wird und nicht nur Zielsetzung bleibt.

- Der gleichberechtigte Zugang zu Informationen der städtischen Stellen ist für Einwohner\*innen der Stadt Bern zentral. Dazu gehört neben den Merkblättern und Broschüren in verschiedenen Sprachen, der einfachen Vergrößerung des Textes auf der städtischen Homepage auch die Möglichkeit, diese Informationen zu hören und verbindliche Kriterien, ab wann Merkblätter und Broschüren in eine weitere Sprache übersetzt werden müssen.
- Geschlechterstereotypen, sozio-ökonomische und kulturelle Hintergründe beeinflussen nach wie vor erheblich die Berufs- und Studienwahl. Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit Betrieben und Ausbildungsinstitutionen ihre Massnahmen (wie Projektwochen oder spezifische Schnuppertage an Schulen) verstärken, um dem entgegen zu wirken. Es gibt keine Gründe, weshalb bestimmte Berufe und Tätigkeiten nur von einem Geschlecht ausgeübt werden sollen.
- Die Stadt Bern soll für alle Einwohner\*innen den Zugang zu Sprachkursen ermöglichen, unabhängig ihrer Herkunft und ihres Portemonnaies. Dazu gehören bei Bedarf in der Vorbereitung auch Alphabetisierungs-Kurse.
- Bern soll allen Einwohner\*innen eine Urban Citizenship, auf Deutsch „Städtebürger\*innenschaft“, ermöglichen. Urban Citizenship ist eine Möglichkeit, sämtlichen Einwohner\*innen der Stadt den Zugang zu fundamentalen Rechten und den Zugang zu Ressourcen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus zu gewähren.
- Die Burgergemeinde ist ein alter Zopf aus feudalen Zeiten. Damit werden Klassenunterschiede und Privilegierungen aufgrund der zufälligen Geburt in eine bestimmte Familie zementiert. Die Bur-

gergemeinde gehört abgeschafft, ihr Vermögen und der Immobilienbesitz in die öffentliche Verwaltung der Stadt überführt, damit die Verwendung der Erlöse allen Einwohner\*innen zugutekommt.

- Die Stadt Bern soll alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Druck aufs Inselspital auszuüben, damit keine Zwangsoperationen an intersexuell geborenen Menschen mehr ausgeführt werden.
- Was in der Stadt Bern fehlt ist eine sinnvolle, lesbare und adressat\*innengerechte Übersicht über kulturelle, soziale und andere Angebote für Senior\*innen. Viele ältere Menschen und deren Angehörige wissen nicht, welche Angebote existieren und an wen sie sich mit welchem Bedürfnis wenden sollen. Das Kompetenzzentrum Alter der Stadt Bern muss dort die Brückenfunktion zwischen der Bevölkerung und den Angeboten wahrnehmen und entsprechende Informationen niederschwellig zur Verfügung stellen.
- In der laufenden Legislatur haben wir uns mit verschiedenen Vorstössen für die Umsetzung dieser Punkte eingesetzt:
  - Das neu eingeführte Gutscheinsystem für Kita-Plätze benachteiligt teilzeitarbeitende Eltern, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit auch noch Freiwilligenarbeit leisten, sei es in Vereinen oder mit der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Wir haben einen Vorstoss eingereicht, um diese Diskriminierung aufzuheben.
  - Zusammen mit anderen Parteien haben wir uns dafür eingesetzt, dass Bern der Übereinkunft „Rainbow Cities Network“ beitrifft. Die Stadt Bern soll überprüfen, ob die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von LGBTI in der Stadtverwaltung gewährleistet ist oder ob Massnahmen dazu ergriffen werden müssen.

## Drogen / Genussmittel

Die Drogenpolitik der letzten Jahre zeichnete sich durch Repression und Kriminalisierung von Konsument\*innen aus. Trotz regelmässigen Kontrollen von Kleindealer\*innen und Konsument\*innen hat sich am Konsum von illegalen Drogen nichts geändert. Wir fordern deshalb ein Ende der unnützen und repressiven Drogenprohibition. Das Ziel unserer Politik ist ein aufgeklärter Konsum von Drogen und Genussmitteln und nicht eine repressive, drogenfreie Gesellschaft respektive eine Gesellschaft, in der Drogenkonsum aufgrund der Kriminalisierung verheimlicht werden muss. Der Konsum und die Produktion zum Eigenkonsum (insbesondere von Hanfprodukten) sollen legalisiert werden. Die bestehenden Instrumente zur Beratung und Aufklärung von Menschen über die möglichen Gefahren von Drogenkonsum sollen ausgebaut werden.

- Eine einzige Drogenanlaufstelle in der Stadt Bern ist zu wenig. Deshalb fordern wir die Eröffnung einer zweiten Anlaufstelle, die 24 Stunden geöffnet hat. Der gesundheitsverträgliche Konsum mit sauberen Spritzen etc. soll auch in der Nacht und zu Randzeiten gewährleistet sein.
  - Ergänzend dazu fordern wir die Schaffung einer Notschlafstelle für Drogenabhängige, insbesondere einer Notschlafstelle für drogenabhängige Frauen, welche sich prostituieren. Die Notschlafstelle(n) soll(en) von einem unabhängigen Verein geführt werden, weil die hohen Auflagen in den städtischen Einrichtungen die Arbeit unnötig behindern und nicht dazu führen, dass tatsächlich mehr Schlafplätze zur Verfügung stehen.
  - Bestehende Angebote, um Drogen auf gefährliche Inhalte testen zu lassen, müssen ausgebaut und breiter bekannt gemacht werden.
  - Wir fordern die Straffreiheit von Hanfbesitz und -anbau. Um den Konsum von Hanf aus Regionen, die unter der Drogenmafia und Bürgerkrieg leiden (wie z.B. Libanon, Marokko oder Mexiko) und den Schmuggel zu beschränken, fordern wir die Tolerierung von Hanfläden, die regionale, biologisch und sozialverträglich produzierte Outdoor-Hanfprodukte verkaufen. Möglich wären z.B. die Produktion durch die Stadtgärtnerei oder Modelle des Hanfanbaus mittels Vertragslandwirtschaft.
- Grundsätzlich unterstützen wir die initiierten Projekte zur Abgabe von Cannabis in Apotheken und in sogenannten „Cannabis Social Clubs“. Um der Mafia und den kriminellen Organisationen, die mit der Illegalisierung von Drogen Milliarden verdienen, entgegen zu wirken, dürfen diese Projekte allerdings nicht auf Cannabis beschränkt bleiben, sondern müssen auf weitere Substanzen (z.B. Kokain) ausgedehnt werden.
  - In der laufenden Legislatur haben wir uns mit verschiedenen Vorstössen für die Umsetzung dieser Punkte eingesetzt:
    - Der Gemeinderat wurde aufgefordert, einen Bericht zu verfassen, welcher die Versuche mit einer repressiven Drogenpolitik auf der Schützenmatte ab 1998 quantifiziert und auch qualifiziert. Der Beschluss, ob er einen ausführlichen Bericht machen muss oder – wie von ihm vorgeschlagen – die knapp zwei Seiten genügen, steht noch aus.
    - Mit einem Vorstoss haben wir die Duldung je eines Hanfläden pro Quartier sowie von sogenannten „Dealer\*innen-Cornern“ gefordert, wo der Deal unter Auflagen – ebenfalls auf die Quartiere verteilt – stattfinden können soll. Beide Punkte wurden abgelehnt.
    - Da für die Mehrheit im Stadtrat Hanfläden zum jetzigen Zeitpunkt nicht denkbar sind, „Cannabis-Social-Clubs“ mit nach guter Vereinsmanier registrierten Mitgliedern jedoch schon, haben wir in einem Vorstoss gefordert, dass auch „Kokain-Social-Clubs“ geprüft werden sollen. Der Entscheid dazu steht noch aus.

## Polizei und Sicherheitsdienste

Wir sind der Meinung, dass die Polizei ihre Aufgaben als „Freundin und Helferin“ für alle Bevölkerungsgruppen wahrnehmen und nicht das Sicherheitsbedürfnis für wenige durch Repression und Übergriffe auf Minderheiten steigern soll. Wir wollen keinen Polizeistaat.

Ein arrogantes, rassistisches oder gewalttätiges Auftreten der Kantonspolizei kommt viel zu oft vor. Seit dem Übergang der Stadtpolizei in die Kantonspolizei im Jahre 2008 hat sich das Verhältnis zwischen Stadtbe-wohner\*innen und der Polizei nicht gerade verbessert, im Gegenteil: Die Fusion der beiden Polizeikorps und die kantonale Zuständigkeit haben zu einer weiteren Anonymisierung und zu einem erhöhten Entfremdungsgefühl geführt. Die demokratische Kontrolle der Polizeiarbeit existiert de facto nur auf dem Papier, in der Realität fühlen sich Betroffene bei verbalen und körperlichen Übergriffen, willkürlichen Handlungen, Schikanen und offenem Rassismus seitens von Polizist\*innen ohnmächtig und alleine gelassen.

- Die demokratische Kontrolle über die Polizei muss wieder durch Gemeinde- und Stadtrat sowie die Bevölkerung ausgeübt werden. Die Polizeiarbeit soll weniger anonym und auf die Situation in der Stadt abgestimmt werden. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Stadtpolizei. Privaten Sicherheitsfirmen sollen strenge Auflagen gemacht und ihre Kompetenzen im öffentlichen Raum stark eingeschränkt werden.
- Übergriffige Polizist\*innen sollen in Zukunft konsequent sanktioniert und bei wiederholten Verstössen aus dem Korps ausgeschlossen werden. Es braucht eine unabhängige Beschwerdeinstanz und Ombudsstelle auf kantonaler und städtischer Ebene und die Einrichtung einer suprakantonalen Sonderstaatsanwaltschaft zur Ermittlung polizeilichen Fehlverhaltens.
- „Racial Profiling“ oder „Ethnic Profiling“, d.h. das zielgerichtete Kategorisieren von Menschen nach bestimmten körperlichen oder sozialen Merkmalen, ist rassistisch und diskriminierend. Es

basiert auf gesellschaftlichen Macht- und Gewaltstrukturen, die zu bekämpfen und überwinden sind. Im Bereich der Polizeiarbeit, aber auch bei den Sozialdiensten und anderen öffentlichen Institutionen braucht es diesbezüglich eine Sensibilisierung der Mitarbeitenden im Rahmen der Aus- und Weiterbildung.

- Menschen, die von von Racial bzw. Ethnic Profiling betroffen sind, sollen bessere rechtliche Möglichkeiten erhalten, um sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Ähnlich wie in England soll die Kantonspolizei bei jeder Kontrolle eine Quittung ausstellen müssen, welche den Anfangsverdacht festhält und ob sich dieser erhärtet hat. In England haben die Quittungen nachweislich dazu geführt, dass weniger Kontrollen aufgrund von äusseren Merkmalen gemacht werden.
- Der negative Ruf der Polizei in vielen Bevölkerungsgruppen hängt auch mit der mangelnden Durchmischung des Polizeikorps zusammen. Deshalb soll die Polizei bei der Ausbildung und Anstellung der Polizist\*innen darauf achten, dass alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere auch Migrant\*innen vertreten sind. Ein zweiter entscheidender Punkt, den die Polizei verbessern muss, ist die Kommunikation. Deshalb muss das Training in gewaltfreier und konfliktreduzierender Kommunikation in der Ausbildung ausgebaut und als Standard trainiert werden.
- Auf städtischer Ebene fordern wir die Abschaffung der Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen. Demos und Kundgebungen sind ein Zeichen einer lebendigen Demokratie.
- Der Wegweisungsartikel im kantonalen Polizeigesetz soll abgeschafft werden. Bis zur Abschaffung des Artikels soll dieser in der Stadt Bern nicht mehr angewendet werden. Strassenproteste und ziviler Ungehorsam sind, unter anderen, legitime politische Äusserungsformen und sollen nicht kriminalisiert werden.

- Auf kantonaler Ebene soll der Ausstieg aus der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) geprüft werden. Die KKJPD hat sich bisher nur mit reaktionärer Politik einen Namen gemacht – diese Politik wollen wir nicht weiter unterstützen.
- Auf nationaler Ebene soll der Paragraph des Landesfriedensbruchs im Strafgesetzbuch abgeschafft werden. Dieser massenhaft und oft willkürlich angewendete Gummiparagraph dient in erster Linie der Kriminalisierung politischer Bewegungen und der Einschüchterung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Bis zur Abschaffung des Artikels soll dieser in der Stadt Bern nicht mehr angewendet werden.
- In der laufenden Legislatur haben wir uns mit verschiedenen Vorstössen für die Umsetzung dieser Punkte eingesetzt:
  - Im Jahr 2013 war eine Delegation der NDLEA (nigerianische Drogenfahndung) mit der Kantonspolizei im Einsatz. Wir haben diese Einsätze kritisch hinterfragt und so eine Öffentlichkeit für diese fragwürdige Zusammenarbeit herstellen können.
  - Immer wieder haben wir fragwürdige Polizeieinsätze, welche in Bern stattfanden, mit kritischen Fragen begleitet – mehr ist aufgrund der unbefriedigenden Situation mit der Kantonspolizei und dem aktuellen städtischen Sicherheitsdirektor nicht möglich.
  - In mehreren Vorstössen haben wir Racial Profiling rund um die Schützenmatte und anderswo in der Stadt Bern sowie rassistische Diskriminierung und Racial Profiling durch andere städtische Angestellte thematisiert.

## Soziale Sicherheit

Wir setzen uns für die Reduzierung der ungleichen Verteilung von Vermögen und Löhnen zwischen den Menschen ein. Insbesondere existenzsichernde Mindestlöhne und eine ausreichende Altersvorsorge auf solidarischer Basis sind grundlegend für das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Leistungen öffentlicher Versicherungen (wie der AHV, IV, ALV etc.) sowie der Sozialhilfe sollen allen Menschen ein Leben in Würde ermöglichen.

Trotz der Ablehnung der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen im Juni 2016 finden wir die Idee nach wie vor sehr interessant. Gleichzeitig ist es aber entscheidend, wie ein solches Vorhaben umgesetzt wird, damit es kein neoliberales Projekt auf Kosten der Arbeitnehmer\*innen werden soll. Es gilt deshalb, die Idee weiterzuentwickeln und mit anderen Vorschlägen für einen progressiven Umbau des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu verknüpfen.

- Steuern sind ein zentrales Steuerungsinstrument. Damit wird festgelegt, wer sich in welchem Umfang an der öffentlichen Infrastruktur und dem Gemeinwohl beteiligt. Deshalb setzen wir uns ein für die Steuerbefreiung von Personen, die unter dem Existenzminimum leben. Reiche Menschen sollen sich stärker an den öffentlichen Ausgaben beteiligen, da sie diese auch überdurchschnittlich nutzen, und deshalb mehr Steuern zahlen.
- Im Gegensatz zum sogenannten „Sozialhilfemissbrauch“ ist die Steuerhinterziehung ein ernstzunehmendes Problem für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Zudem gehen dem Gemeinwesen jährlich Steuern in Milliardenhöhe verloren, die für dringend benötigte Ausgaben in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit notwendig sind. Deshalb soll der automatische Informationsaustausch zwischen den kantonalen Steuerbehörden eingeführt und somit das Bankgeheimnis auch in der Schweiz aufgehoben werden.

- Die Sozialhilfe und die Prämienvorbilligungen sollen bedürftige Menschen unterstützen und nicht als politisches Druckmittel missbraucht werden. Deshalb sollen Sozialdetektive wieder abgeschafft werden und stattdessen in die Steuerfahndung umgeteilt werden. Die wiederkehrenden Kürzungen in beiden Bereichen lehnen wir entschieden ab. Sozialhilfe soll nicht abschrecken, sondern das Überleben ermöglichen.
- Wir fordern eine Stärkung der Gassenarbeit für und mit den Betroffenen. Dazu braucht es eine deutliche Neuorientierung und Fokusverschiebung bei Pinto (Prävention, Intervention, Toleranz), der mobilen Interventionsgruppe der Stadt Bern im Sinne einer anwaltschaftlichen Gassenarbeit bzw. der offenen Jugendarbeit. Die Vermischung von Sozialarbeit mit repressiven Elementen zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ gehört abgeschafft.
- Jugendliche Sans-Papiers können relativ neu eine Lehre machen. Wenn sie eine Lehrstelle haben, können sie ein Härtefallgesuch stellen, welches bewilligt wird. Das Problem dabei ist, dass sie dazu auch die Identität ihrer Eltern und Geschwister offenlegen müssen und somit deren Aufenthalt gefährden. Deshalb haben wir gefordert, dass die Gesuche von Jugendlichen Sans-Papiers rasch behandelt werden und die Familien auch zwingend eine Aufenthaltserlaubnis bekommen müssen. Das Recht auf Familie ist höher zu gewichten. Die Motion wurde überwiesen, ob sie in der Praxis umgesetzt werden wird, wird sich noch zeigen müssen.

## Migration

Die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik der Schweiz und Europas lösen keine Probleme, sondern verschärfen die menschenunwürdige Situation von Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Es darf nicht sein, dass der reichste Erdteil Geflüchtete in die europäischen Grenzregionen und die Türkei abschiebt. Die westliche Welt lebt seit Jahrzehnten im Luxus, der zu einem nicht unbedeutenden Teil auf der Unterdrückung

und Ausbeutung anderer Erdteile beruht. Die Konflikte, Umweltkatastrophen und Armut sind von uns zumindest mitverursacht. Deshalb dürfen wir uns auch nicht aus der Verantwortung ziehen.

Rassistische Haltungen und Handlungen sind aufgrund der effektiven Beeinflussung der Bevölkerung durch nationalistische Politiker\*innen wieder salonfähig geworden. Längst überwunden geglaubte Diskriminierungen und Fremdenhass, insbesondere gegen Muslim\*innen, grassieren und sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Diesen Tendenzen stellen wir uns entschieden entgegen und setzen uns dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, Glaube oder Fähigkeiten respektiert werden.

Wir fordern ein Bleiberecht und ein Leben in Würde für alle, insbesondere für alle an Leib und Leben bedrohten und verfolgten Menschen. Niemand darf aufgrund des Aufenthaltsstatus diskriminiert, interniert oder ausgeschafft werden.

- Die Unterbringung der Asylsuchenden ist ein ständiger Brennpunkt. Wir setzen uns deshalb für eine menschenwürdige Unterbringung der geflüchteten Menschen und Asylsuchenden ein. Ziel muss eine menschenwürdige Betreuung in kleinen Zentren, in denen der Kontakt mit der lokalen bzw. Quartierbevölkerung gefördert wird, sein. Die Zentren sind nicht durch gewinnorientierte Organisationen, sondern durch öffentliche Institutionen zu führen.
- Analog zu den Unterkünften für unbegleitete Minderjährige (UMA) sind spezialisierte Zentren für Frauen mit Kindern sowie LGBTI-Geflüchtete (lesbische, schwule, bisexuelle, trans\* und intersexuelle Menschen) zu schaffen, um deren spezifischen Bedürfnissen gerecht zu werden.
- Um die Ungleichheit zwischen den Zentren zu verringern, hat die Stadt sicherzustellen, dass es zwischen den Zentren keine Unterschiede bezüglich Freiwilligenarbeit, kulturellen Anlässen, Bewegungsfreiheit, Kommunikationsmöglichkeiten und Öffnungszeiten gibt.



- Die private Unterbringung von Asylsuchenden muss vereinfacht und gefördert werden. Dies erleichtert die soziale und berufliche Integration und verhindert soziale Probleme, die durch das Zusammenpferchen geflüchteter Menschen mit psychischen und physischen Problemen an unpassenden Orten (wie unterirdischen Zivilschutzanlagen) entstehen können.
- In einem Rechtsstaat ist es elementar, dass sich die Bevölkerung gegen ungerechte Behandlungen wehren kann. Dies gilt auch für Asylsuchende! Deshalb ist eine unabhängige Ombudsstelle einzurichten, bei der sich Betroffene über Unterkunfts- und Arbeitsbedingungen sowie Verfahrensabläufe beschweren können.
- Damit sich Asylsuchende, insbesondere solche, die in Durchgangszentren und in den UMA-Zentren wohnen, frei bewegen und damit ihre Termine wahrnehmen können, sollen sie das Recht bekommen, den ÖV im Liberoverbund (analog zum Berntourismus-Ticket) gratis zu benutzen.
- Die Einsparungen im Gesundheitswesen haben auch bei der Behandlung von Asylsuchenden zu drastischen Verschlechterungen geführt. Insbesondere darf bei der Traumabehandlung und den dafür nötigen Übersetzer\*innen nicht gespart werden. Traumatische Erlebnisse müssen sowohl in Hinblick auf das persönliche wie das Wohlergehen des Umfelds behandelt werden.
- Die Migrationsbehörden und Betreiber\*innen der Unterkünfte sollten mit lokalen, zivilgesellschaftlichen Initiativen wie MUF (Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen) besser zusammenarbeiten und sie nicht durch Hausverbote ausschliessen. Unabhängige Gruppen können die Geflüchteten persönlicher unterstützen und auch die Mängel oder Unzulässigkeiten des Asylsystems freier formulieren oder angehen. Auch die Autonome Schule denk:mal oder das Solidaritätsnetz Bern für Sans-Papiers sind unbedingt zu fördern und anzuhören. Sie kümmern sich um die vielen Menschen, welche durch alle Raster unserer fremdenfeindlichen Migrationsgesetze fallen und die Auswirkungen der teils äusserst willkürlichen und unverhältnismässigen Anwendungen zu tragen haben.
- In der vergangenen Legislatur wurde die Notunterkunft Hochfeld nach vier Jahren mühsamen Kampfes zusammen mit anderen Parteien und Gruppen aus der Zivilgesellschaft Ende Mai 2016 endlich geschlossen. Wir haben die menschenunwürdige Unterbringung sowie die mangelnde Hygiene und Gesundheitsvorsorge in mehreren Vorstössen immer wieder kritisiert. Eine so lange Zeit lässt Zweifel an der Aufrichtigkeit der Versprechen der Stadtregierung aufkommen. Kaum gibt es keine städtischen Bunker mehr vermietet Coop im Riedbach ihre Anlage – hier braucht es ausserparlamentarischen Widerstand gegen Coop, auf städtischer Ebene lässt sich nichts machen.

## Wirtschaft und Arbeiten

Wir fordern die Abkehr vom Profitdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere in der Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf der Vorstellung unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums und einem eigentlichen Wachstumszwang basiert, hat seine Grenzen längst erreicht. Wir setzen uns deshalb ein für alternative Wirtschaftsformen: Es braucht eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen und den natürlichen Ressourcen orientiert, und nicht am Profit- und Gewinnstreben Einzelner. Grundbedürfnisse wie Unterkunft, Ernährung, Gesundheit und Infrastruktur sollen jenseits des Marktes gedeckt werden.

Grundsätzlich sollen öffentlich-soziale Interessen den Vorzug haben vor privat-ökonomischen Interessen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die bei der Warenproduktion entstehenden sozialen und ökologischen Kosten (sogenannte externalisierte Kosten) nicht auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Beispiele solcher Kosten sind Lärmbelastungen, Umweltverschmutzungen, die Ausbeutung von Arbeiter\*innen bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und Konsumgütern sowie gesundheitliche Belastungen infolge übermässiger Arbeitsbelastung (Stress) und

der zunehmenden Vermischung von Arbeit und Freizeit. Soziale Arbeitsbedingungen und ressourcenschonendes Wirtschaften sollen deshalb gefördert werden.

Mittelfristig streben wir den Übergang von einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu solidarischen Ökonomien an. Es geht darum, Alternativen zu einer marktförmigen Produktion aufzubauen, um dann das Marktprinzip als herrschendes Verteilungsinstrument abzulösen. Solidarische Ökonomien sind lokal verankert und selbstverwaltet und basieren primär auf Selbst- respektive Kollektivproduktion und Genügsamkeit.

- Wir setzen uns ein für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung: Drei Arbeitstage pro Woche bzw. ein Arbeitspensum von 60% müssen zum Leben reichen. Kurzfristig sollen daher vermehrt Teilzeitpensen ermöglicht werden. Teilzeitarbeit muss auch in Kaderpositionen möglich sein. Die Stadt als Arbeitgeberin spielt hier eine Schlüsselrolle und soll mit gutem Beispiel vorangehen: In allen städtischen Betrieben und der Verwaltung soll die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche gesenkt werden.
- Die Stadt soll durch Beratung und andere Mittel Unternehmen unterstützen, vermehrt Teilzeitpensen zu realisieren. Bei der städtischen Wirtschaftsförderung sollen Unternehmen bevorzugt werden, die allen Angestellten Teilzeitpensen ermöglichen.
- Die Stadt Bern ist eine grosse Käuferin von Gütern und Dienstleistungen. Im öffentlichen Beschaffungswesen soll nicht der Preis, sondern soziale und ökologische Kriterien im Zentrum stehen. Ein Auftrag soll deshalb nicht an den billigsten, sondern an einen (nachweislich) sozialen, ökologischen und regionalen Anbieter vergeben werden. So fordern wir z.B., dass die Stadt ihre Informations- und Kommunikationstechnologien von den Lizenzen der IT-Grosskonzerne befreit und auf Opensource-Software umsteigt.
- Auch in der städtischen Wirtschaftsförderung darf nicht der Profit im Zentrum stehen. Steuergeschenke für Grosskonzerne sind nicht alternativlos und müssen durch die Förderung von nachhaltigen Innovationen, sozialen Projekten und umweltfreundlichen

Technologien ersetzt werden. Deshalb fordern wir, dass die städtische Wirtschaftsförderung Förderbeiträge nach klaren, ökologisch und sozial nachhaltigen Kriterien vergibt. Ein guter Ansatzpunkt bietet das Konzept der Gemeinwohlökonomie: Unternehmen werden dabei aufgrund einer zu erstellenden Gemeinwohlbilanz besteuert oder können z.B. durch zinslose Darlehen gefördert werden.

- Der Aufbau regionaler und lokaler ökonomischer Kreisläufe sowie Nachbarschafts- und Selbsthilfeprojekte sollen von der Stadt Bern beispielsweise mit zinslosen Darlehen, Raumangeboten und der Senkung von administrativen Hürden unterstützt werden.
- Auf den Entsorgungshöfen türmen sich unzählige Gegenstände, die noch brauchbar und teilweise neuwertig sind. Es ist seit längerem nicht mehr erlaubt, dass diese Gegenstände aussortiert und weiterverwendet werden dürfen. Dies muss sich ändern: Noch funktionstüchtige Gegenstände sollen aussortiert und abgeholt werden dürfen. Mögliche Lösungen wären ein Gratisladen oder städtische Brockenhäuser auf den Entsorgungshöfen. Das Kompetenzzentrum Arbeit könnte diese Aufgabe übernehmen.
- Im Stadtzentrum können sich fast nur noch Grossunternehmen, international agierende Ladenketten und Banken die Mieten leisten. Dies führt zunehmend zur Verdrängung von lokalem Gewerbe aus dem Zentrum und der Altstadt. Ein besonders ärgerliches Beispiel war die Kündigung aller bestehenden Mietverträge von Gastbetrieben in der Markthalle und die Neuvermietung zu deutlich höheren Preisen an den internationalen Grosskonzern MediaMarkt. Dies ist keine wünschenswerte Entwicklung und die Stadt steht hier in der Verantwortung, nicht einfach tatenlos zuzuschauen, sondern Gegenmassnahmen zu ergreifen.
- Bern will eine „Fair Trade Town“ werden. Eine Bedingung dazu ist, dass über 10 Detailhandelsläden und 20 Betriebe in der Gastronomie oder Hotellerie fair gehandelte Produkte anbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt Bern diesbezüglich höhere Ziele setzt.

- Wir unterstützen die Alternativwährung Bonobo ([www.bonobern.ch](http://www.bonobern.ch)) und setzen uns dafür ein, dass die städtische Verwaltung und Betriebe (z.B. BernMobil) den Bonobo als Zahlungsmittel akzeptieren.
- In der laufenden Legislatur haben wir uns zusammen mit der GPB-DA, der PdA, dem GB und der JA! dafür eingesetzt, dass Bern eine TiSA-freie Zone bleibt, unabhängig davon, was die Regierungen und Grosskonzerne hinter verschlossenen Türen entscheiden.

## Landwirtschaft / Ernährung

Wir lehnen die Auswüchse der industriellen Landwirtschaft ab. Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sollen nicht ausbeuterisch, sondern in ökologisch verträglichen, regionalen Strukturen organisiert werden. Wichtige Eckpfeiler einer Landwirtschaft für Mensch und Mitwelt sind das Konzept der Ernährungssouveränität, die Vertragslandwirtschaft und die Direktvermarktung.

Die Produktion der Nahrungsmittel wird von verschiedenen Ausbeutungsstrukturen bestimmt. Insbesondere sind die Ausbeutung der Arbeitskräfte und die Ausbeutung sogenannter Nutztiere zu nennen. Deshalb fordern wir strengere Vorschriften, was die Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sowie die Tierhaltung angeht. Der immense Konsum von tierischen Produkten hat zudem gravierende ökologische Konsequenzen. Die Direktzahlungen sollen vermehrt für den Gemüse- und Getreideanbau statt für die Milch- und Fleischproduktion ausgerichtet werden. Es ist zwar richtig, dass heute viele Direktzahlungen für die Erhaltung und Verbesserung des Kulturlandes ausbezahlt werden. Da diese Zahlungen aber immer noch an einen Mindesttierbesatz geknüpft sind, wird indirekt immer noch die Tierhaltung subventioniert. Als Übergangsmassnahme können Kontingente eingeführt

werden, um eine Überproduktion zu vermeiden. Der Import von Nahrungs- und vor allem Futtermitteln aus Übersee ist mit einer Ökosteuer zu belegen.

- Die Produktion von Lebensmitteln soll für die Konsument\*innen als auch für die Produzent\*innen neue Perspektiven eröffnen, die regionale Ökonomie stärken und so auch einen Beitrag zur Ernährungssouveränität leisten. Deshalb soll die Stadt regionale, ökologische und soziale Landwirtschaftsprojekte wie Permakulturen, Vertragslandwirtschaft und Urban Gardening unterstützen. Der städtische Beitrag zur Landwirtschaft kann sowohl über entsprechende finanzielle Unterstützung als auch über die Umgestaltung der eigenen Betriebe, wie beispielsweise des städtischen Weinguts, bewerkstelligt werden.
- Eine ökologische und nachhaltig produzierende Landwirtschaft ist nur dann möglich, wenn die weggeworfenen Lebensmittel (Foodwaste) drastisch reduziert werden und noch Essbares weiter verwendet wird. Deshalb sind noch verwertbare Essensreste zum weiteren Konsum freizugeben und nicht mehr verwertbare Essensreste konsequent in Kompost oder Biogas zu verarbeiten. Mögliche Projekte zur Weiterverwendung noch verwertbarer Essensresten sind die Legalisierung des Containers und die Weitergabe an Projekte wie „zum guten Heinrich“ oder die „Schweizer Tafel“. Städtische Apéros sollen in erster Linie mit Foodwaste zubereitet werden. Restaurants sollen verpflichtet werden, kleinere Portionen mit Nachschlag oder „Gassenmenüs“ anzubieten.
- Städtische Betriebe, insbesondere im Bildungs- und Sozialwesen, haben wichtige gesellschaftliche Signalwirkung. Wenn städtische Betriebe überzeugend aufzeigen, wie regionale, ökologische und soziale Ernährung im Alltag praktisch umsetzbar ist, werden diese Verhaltensweisen auch in die Privathaushalte übertragen. Deshalb ist das gemeinsame Kochen in Schulen und Kindergärten genau so wichtig wie die veganen Mittagsmenüs in den Mensen.
- Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen wie z.B. der Bodenqualität oder Massnahmen zum Umgang mit der Klimaerwärmung sind weitere wichtige Punkte in der Landwirtschaft. Die Stadtgärt-

neren und die Familiengärten sollen sich zur Verbesserung der Bodenqualität an den Prinzipien extensiver Landwirtschaft bzw. Bodennutzung orientieren.

- In der laufenden Legislatur haben wir uns mit verschiedenen Vorstössen für die Förderung landwirtschaftlicher Projekte eingesetzt:
  - Mit unserer Forderung, Bern zu einer „essbaren Stadt“ zu machen, hat Stadtgrün angefangen, in den Quartieren ungenutzte Brachen und Teile der städtischen Parks für den gemeinschaftlichen Anbau von Gemüse und Pflanzen freizugeben. An die weitere Forderung, nämlich auf öffentlichen Grünanlagen einheimische Pflanzen und Gemüsesorten zu kultivieren, die von der Bevölkerung geerntet werden dürfen, hat sich Stadtgrün ausser beim „Naschgarten“ noch nicht herangewagt.
  - Die Stadt Bern wurde aufgefordert, in ihren eigenen Mensen und in den Schulen regelmässig vegane Menus anzubieten. Dies reduziert nicht nur die Menge leidender Lebewesen, sondern ist auch aus ökologischen Gründen sinnvoll. Der Entscheid steht noch aus.
  - Noch immer werden auf dem städtischen Weingut Herbizide und Pestizide eingesetzt, obwohl sich der Gemeinderat immer wieder um ein ökologisches Image bemüht. In einem Vorstoss haben wir gefordert, dass die Stadt Bern in ihrem eigenen Weingut endlich auf Herbizide und Pestizide verzichten soll.

## Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum gehört allen und soll nicht für kommerzielle Zwecke vergeben werden, wenn dies zur Folge hat, dass der Zugang beschränkt wird wie z.B. beim City-Beach auf der Grosse Schanze oder den immer zahlreicheren Veranstaltungen auf der Allmend. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Orte nicht-kommerziell belebt und die Werbeflächen in der Stadt massiv eingeschränkt werden. Es sollen

niederschwellige Treffpunkte und Begegnungszonen für Alt und Jung ohne Konsumzwang entstehen. Dem soll bei zukünftigen Projekten der Raumplanung und Stadtentwicklung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: Öffentliche Plätze und die Angebote im öffentlichen Raum sind so zu gestalten, dass sich Personen jeglichen Geschlechts und Alters gerne dort aufhalten. Dazu braucht es Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung in den Quartieren.

- Wir fordern Plätze in der Stadt, auf denen man sich treffen kann, kein Konsumzwang herrscht und die nicht unnötigen Regeln unterworfen sind. Zum Beispiel soll die Allmend für alle zugänglich bleiben und nicht durch kommerzielle Nutzungen zu Schaden kommen und in der Folge Teilflächen über lange Zeit gesperrt werden.
- Wir setzen uns für mehr Musik, Strassentheater und andere kulturelle Darbietungen im öffentlichen Raum ein. Die Bewilligungspflicht für Strassenmusik und -theater soll abgeschafft werden.
- Der „Planungsprozess Boulevard“ (städtebauliche Veränderungen im Raum Schützenmatte / Bollwerk) soll nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Auf der Schützenmatte soll anstelle der Parkplätze ein öffentlicher Park mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten entstehen. Nach zwei Sommern Neustadt Lab ist es Zeit für eine dauerhafte autofreie Schützenmatte!
- Kommerzielle Werbung beschmutzt den öffentlichen Raum und hat als einzigen Zweck, Menschen zu noch mehr Konsum oder zum Konsum von bestimmten Produkten und Marken anzuregen. Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum von Werbung befreit wird und die Flächen, die bisher für Werbungen hinhalten mussten, wieder frei zugänglich werden oder für die Umsetzung kreativer Gestaltungsideen zur Verfügung stehen.
- In Bern besteht ein Mangel an öffentlichen, gratis benutzbaren und behindertengerechten WCs. Deshalb fordern wir, dass einerseits die bestehenden WCs behindertengerecht ausgebaut werden.

Andererseits sollen zusätzliche Anlagen gebaut bzw. kostenpflichtige wieder gratis zugänglich gemacht werden, insbesondere am Hauptbahnhof Bern.

- In einem Vorstoss haben wir in der laufenden Legislatur gefordert, dass der Gemeinderat keine Werbekonzessionen mehr für kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum vergibt. Der Beschluss darüber steht noch aus.

## Kultur und Nachtleben

Kultur verbindet Menschen. Kultur ist Auseinandersetzung mit, oder auch Ablenkung vom Alltag. Kultur erlaubt uns, unsere Lebensweise, unser Zusammenleben und unsere Umwelt zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen. Kultur findet nicht nur in Stadttheatern, Opernhäusern, Konzerthallen oder Multiplex-Kinos statt, sondern überall: An Häuserecken, auf öffentlichen Plätzen, in kleinen Beizen, Altkellern, Clubs, Wohngemeinschaften und Altersheimen, in leerstehenden oder besetzten Häusern und Fabriken, auf Wagenplätzen, an und manchmal in der Aare, hinter dem Bundeshaus, an Haus- und Quartierfesten, in Parks und Wäldern.

Während die hochsubventionierte „bürgerliche“ Kultur nur wenigen zugänglich ist und viele Mainstream-Angebote Menschen finanziell ausschliessen, werden Clubs, Beizen, kleine Kulturanbieter und die Alltagskultur(en) der Bevölkerung je länger je mehr durch bürokratische Auflagen und polizeiliche Schikanen behindert. Lärmklagen, Zwangsfumoirs und hohe Auflagen seitens der Behörden verunmöglichen Kultur. Grundsätze wie „Die Stadt möchte sowohl Reinigung wie auch Repression verstärken“ (Konzept Nachleben Bern) können und dürfen keine bequeme Antwort der Verwaltung und Stadtregierung auf die brennenden Anliegen und Bedürfnisse vieler Bewohner\*innen sein.

Das Nachtleben soll stärker als heute von Eigeninitiative leben. Dies heisst nicht, dass wir in Richtung 24h-Konsumgesellschaft gehen wollen, aber es soll eine neue Balance zwischen Feiernden, Arbeitnehmenden und Nachbarschaft gesucht und gefunden werden. Dabei ist es uns ein Anliegen, dass alle in der Stadt willkommen sind.

- Für Beizen, Clubs und Bars fordern wir, dass die Polizeistunde aufgehoben wird und dass subjektive Lärmklagen keine Schliessung zur Folge haben können. Der Überwirtungsparagraph soll abgeschafft und die Gastgewerbegesetzgebung generell an die Realität und die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden.
- Jugendliche werden vom kommerziellen Kulturangebot oft durch Altersbeschränkungen, zu hohe Preise und andere Regelungen (Kleider, Aussehen, Herkunft etc.) ausgeschlossen. Deshalb braucht es mehr nicht-kommerzielle Freiräume für Jugendliche, die selbstbestimmt gestaltet werden dürfen.
- Für Jugendliche sind das Ausloten von Grenzen und der Umgang mit der eigenen Identität wesentlich für die Entwicklung. Bei diesem Prozess brauchen Jugendliche manchmal Hilfe. Deshalb ist die niederschwellige, unabhängige und anwaltschaftliche Jugendarbeit auszubauen.
- Die Reitschule als einer der wichtigsten kulturellen Treffpunkte der Region darf nicht mehr länger als Auffangbecken für die nicht gelösten Folgen der repressiven Nachleben-, Jugend-, Kultur- und Freiraumpolitik von Stadt und Region Bern missbraucht werden. Die basisdemokratischen Strukturen der Reitschule sollen von den Behörden und der Politik respektiert werden.

## Stadtentwicklung und Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und soll Schritt für Schritt der Profitmacherei und Spekulation entzogen werden. Um der Gentrifizierung, d.h. der sogenannten „Aufwertung“ bestimmter Stadtquartiere und der Ver-

drängung von Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln entgegenzuwirken, soll die Stadt aktiv günstigen Wohnraum schaffen und genossenschaftliches bzw. gemeinnütziges Bauen fördern. Dies muss in der Zonenplanung explizit berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum und öffentliche Bauten müssen als Sozialraum gedacht werden und sollen nicht der Selbstverwirklichung von Architekt\*innen und Planer\*innen dienen.

Wir teilen die Kritik der internationalen Bewegung „Recht auf Stadt“. In den Städten wird heute zu viel Raum der Verwertung durch Kapitalinteressen unterworfen. Wir fordern deshalb, dass alle Bevölkerungsgruppen zentrumsnah wohnen können und dass die Stadt ein Raum der Begegnung und des Austauschs unterschiedlicher Lebensstile bleibt. Insbesondere die Segregation in einzelne Stadtteile (für Wohnen, Arbeiten, Nachtleben etc.) muss verhindert werden. Der Entwicklungsschritt Wankdorf-City ist z. B. eine solche Fehlplanung: Die Stadt und die Bürgergemeinde vergaben Land im Baurecht, ohne damit die Forderung nach dringend benötigtem Wohnraum zu verknüpfen. Büroräumlichkeiten und Dienstleistungsflächen hingegen gibt es genügend, was sich an den vielen leerstehenden Büroräumlichkeiten und sinkenden Preisen zeigt. Entstanden ist ein Quartier mit vielen Arbeitsplätzen und teuren Wohnungen für vermögende Personen, das abends und an den Wochenenden leer steht. Durch die Lage am zentralen S-Bahn Knoten und Autobahndreieck Wankdorf wird zudem der Trend, in der Stadt zu arbeiten und „im Grünen“ zu wohnen, unnötigerweise weiter befeuert.

Um das Verkehrsaufkommen, den Energieverbrauch und die Zersiedelung mittelfristig zu reduzieren, ist es notwendig, dass die Orte für das Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenrücken. Arbeitsplätze sollen in der Nähe des Wohnraums angesiedelt werden und von Menschen aus dem näheren Umkreis besetzt werden. Damit können Zersiedelung und das ständig steigende Verkehrsaufkommen zwischen Stadt und Land (auf der Strasse, aber auch durch die S-Bahn) aktiv bekämpft werden. Zusätzlich schlagen wir eine Besteuerung nach Grösse der Wohnfläche vor, die über einen Grundbedarf hinausgeht. Die Erlöse der Besteuerung könnten z.B. in den Fonds für Wohnbaupolitik fliessen, um den dringend benötigten günstigen Wohnraum zu schaffen.

Unsere Wohnraumpolitik orientiert sich am Konzept des Co-Housing. Dieses zeichnet sich insbesondere durch selbstverwaltete Gemeinschaftseinrichtungen aus. Grundlegendes Ziel ist es, gemeinschaftlich zu verrichten und zu teilen, was oft allein gekauft oder produziert wird. Damit sollen alltägliche Haushaltsaufgaben vereinfacht und die Tätigkeiten durch die gemeinsame Verrichtung sinnhaft aufgewertet werden. Zusätzlich kann dadurch eine wesentliche Einsparung beim individuellen Zeit- und Geldaufwand erzielt und der Ressourcenverbrauch reduziert werden.

Ein weiteres Ziel ist es, mit nicht marktförmigen Varianten der Arbeitsorganisation zu experimentieren. Eine Möglichkeit besteht darin, dass betagte Menschen in einer Wohngemeinschaft mit jüngeren Menschen wohnen, oder dass Leute aus dem Quartier Kindern Nachhilfe geben. Auch dadurch kann eine unerwünschte Segregation der Stadt verhindert und ein friedliches gemeinschaftliches Miteinander gefördert werden.

- Die Stadt kann mit ihrer Bodenpolitik den Wohnraum und die Preisentwicklung stark beeinflussen. Deshalb soll die Stadt kein Land mehr verkaufen, sondern nur noch im Baurecht abgeben. Um den Einfluss gewinnbringend geltend zu machen, müssen die Verträge verpflichtende Bedingungen enthalten, die günstigen und ökologischen Wohnraum festschreiben.
- Die Stadt soll ihre Liegenschaften nicht verkaufen, sondern im Gegenteil ihren Bestand durch Zukauf aktiv ausbauen. Dadurch kann sie direkt Einfluss auf die Preise und die ökologischen Standards nehmen. Dazu soll der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik in den nächsten Jahren massiv aufgestockt werden.
- Stadt und Region Bern sollen sich jeglichen Rankings, in denen es um Standortwettbewerb und die Anwerbungen multinationaler Unternehmen sowie vermögender Personen geht, entziehen. Sie soll vielmehr eigene Kriterien entwickeln, die sich an der Lebensqualität aller Bewohner\*innen orientieren und nicht nur dem privilegierten Segment von Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen. Wir lehnen die unternehmerische Orientierung hinsichtlich der Stadtentwicklung ab. Die Stadt Bern ist kein Unternehmen.

- In Zeiten akuter Wohnungsnot und steigenden Mietpreisen soll die Zwischennutzung von leer stehenden Gebäuden toleriert werden. Die Stadt soll Hauseigentümer\*innen, deren Liegenschaften länger als 6 Monate leer stehen, zur Vermietung bzw. Zwischennutzung verpflichtet werden. Zwischennutzungen sollen aber nicht das neue Modell werden, damit von den Eigentümern noch mehr Profit aus Häusern gepresst werden kann, die eigentlich leer stehen würden oder nicht regulär vermietbar sind.
- Die Stadt soll alternative/experimentelle Wohnformen wie Wagenplätze zulassen und fördern. Die Stadt soll sich beim Kanton dafür einsetzen, dass genügend Stand- Durchgangs- und Transitplätze für Fahrende und andere Menschen, die sich einer mobilen Lebensweise verschrieben haben, zur Verfügung stehen. Weil der TCS-Camping im Winter geschlossen werden soll, muss die Stadt aktiv werden und die Schliessung verhindern oder einen geeigneten Ersatz finden. Wagenplätze und Sonderzonen wie der Riedbach ermöglichen dichtes unkompliziertes Wohnen. Das Bekenntnis der Stadt darf nicht auf Riedbach, ein Gebiet am Stadtrand, beschränkt bleiben. Solange ein privater Grundbesitzer mit der Anwesenheit einverstanden ist, besteht kein Grund zur Einmischung seitens der Stadt.
- Menschen sollen nicht aufgrund ihrer gewählten Lebensweise und Wohnform diskriminiert werden. Es braucht mehr Möglichkeiten für Wagenplätze, Gross-WGs etc. Bei der Schaffung von Wohnraum soll die Stadt vermehrt das Bedürfnis für Wohnformen jenseits der klassisch-konservativen Kleinfamilien berücksichtigen und die Durchmischung der Liegenschaften mit Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Lebensformen fördern.
- Viele Eigentumswohnungen und -häuser bleiben un- bzw. untergenutzt, z.B. wenn die Kinder ausgewachsen sind und ausziehen. Deshalb braucht es Förderprogramme, um die Menschen zu motivieren, diesen Wohnraum zu vermieten oder in geeigneten Wohnraum umzuziehen.
- In der Lorraine muss die Stadt Bern das fehlgeplante Projekt beim Zentralpark absagen und von Grund auf neu planen. Das Areal am Lagerweg muss als gesamte Einheit betrachtet und die Planung entsprechend ausgerichtet werden. Gefragt sind eine partizipative Stadtplanung und die Mitbestimmung der Quartierbevölkerung anstatt eine blosser Anhörung.
- Auf dem Areal der alten Kehrriechverbrennungsanlage (KVA) am Warmbächliweg entsteht eines der grössten Neubauprojekte in Bern mit mehreren hundert Wohnungen. Der Charakter von Holligen wird sich durch das Projekt massiv verändern. Diese Veränderung braucht eine öko-soziale Gestaltung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bewohner\*innen, beispielsweise durch Gemeinschaftsküchen und Kitas, der Schaffung von gemeinsamem Spiel-, Bastel- und Werkraum oder der gemeinsamen Nutzung von Gärten, Internetzugängen und Kompostanlagen.
- In der laufenden Legislatur haben wir verschiedene Vorstösse zu diesen Themen eingereicht:
  - Auf dem Standplatz Buech herrscht Platznot. Menschen, die dort aufgewachsen sind, haben nun ihre eigenen Familien und brauchen Platz für ihre eigenen Wohnräume. Aus Platznot hat eine Familie ihr Mobilhome auf einem Parkplatz innerhalb des Standplatzes aufgestellt. Gemeinderat Schmidt hat mit der Räumung gedroht. In einem Vorstoss haben wir gefordert, dass es keine Räumungen gibt bis es genügend Standplätze gibt. Der Vorstoss wurde von mehr als der Hälfte der Stadträt\_innen unterzeichnet und wird demnächst im Rat behandelt.
  - Die Planung der Überbauung am Centarlweg (Brache) ist eine Odyssee mit ungutem Ausgang. Wir haben in einem Vorstoss gefordert, dass zu klären ist, ob nicht auch der Lageweg in die Planung miteinbezogen werden kann, dass die Parzelle im Baurecht an einen gemeinnützigen Wohnbauträger abgegeben wird und die maximalen Anlagekosten, die das Bundesamt für Wohnungswesen vorgibt, nicht überschreitet. Das ursprüngliche Projekt ist dank Beschwerden noch blockiert, Zeit für ein Umdenken wäre also noch vorhanden.

## Verkehr

Die Ausgestaltung des Strassen- und Verkehrsraums hat sich grundsätzlich an den Bedürfnissen und der Sicherheit der sogenannten „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer\*innen (Fussgänger\*innen, Radfahrende etc.) zu orientieren. Kinder sollen ihren Schulweg zu Fuss oder mit dem Velo bewältigen können, ohne der Gefahr des Autoverkehrs ausgesetzt zu sein.

Der motorisierte Individualverkehr braucht zu viel Platz. Es soll in Zukunft konsequenter auf nicht-motorisierte Mobilität gesetzt werden. Automobilität soll erschwert und das Angebot an Parkplätzen in Zentrumsnähe weiter reduziert werden. Mit Hilfe steuerlicher und ordnungsrechtlicher Anreize (Mobilitätssteuer, Geschwindigkeitsreduktionen, mehr Tempo 20-Zonen und Reduktion der Parkzonen) soll eine Verhaltensänderung belohnt werden.

Weiter setzen wir uns für die Aufrechterhaltung der Qualität des öffentlichen Verkehrsnetzes ein. Wir fordern, dass der öffentliche Verkehr für alle, die auf den privaten motorisierten Verkehr verzichten, gratis wird. Unsere Vision ist, dass in Bern mittelfristig nur noch Menschen, die aufgrund von Beeinträchtigungen oder grossen Warentransporten darauf angewiesen sind, mit dem Auto unterwegs sind.

- Road Pricing, d.h. die Erhebung von Gebühren für die Nutzung innerstädtischer Verkehrsinfrastruktur, ist eine Möglichkeit, den Autoverkehr in der Stadt unattraktiv zu machen. Insbesondere der motorisierte Privatverkehr in der Stadt muss massiv eingeschränkt werden. Grosse und schwere Autos sollen mehr Abgaben bezahlen. Road Pricing kann ein erster Schritt dazu sein, weshalb wir die Einführung dieses Instruments unterstützen.
- Gleichzeitig sollen Carsharing, Mitfahrgelegenheiten und Fahrgemeinschaften gefördert werden. Die Besetzungszahl pro Fahrzeug muss zwingend erhöht werden. Insbesondere Grossbetriebe mit vielen Mitarbeiter\*innen sollen dazu stärker in die Pflicht genommen werden.

- Haushalte, die auf ein Auto verzichten, sollen mit einem kostenlosen Libero-Abonnement belohnt werden.
- Die Stadt soll mit regelmässigen gesamtstädtischen autofreien Sonntagen ein Zeichen gegen den motorisierten Individualverkehr setzen. Ausserdem soll sie sich beim Kanton und beim Bund für die Durchführung autofreier Tage auf kantonaler und schweizerischer Ebene einsetzen.
- Der Flugverkehr ist mittlerweile der Verkehrsträger, der weltweit am stärksten wächst. Bereits jetzt ist er für 5% des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich, Tendenz stark steigend. Wir fordern deshalb die Einführung einer globalen, mindestens aber europäischen Kerosinsteuer; die Stadt Bern soll sich beim Bund dafür einsetzen. Auf regionaler und kantonaler Ebene soll sie den weiteren Ausbau des Flughafens Belp verhindern.
- Die Stärkung des Veloverkehrs ist nötig und für die Lebensqualität wünschenswert. Ziel muss es sein, dass mehr Menschen aller Alters- und Einkommensklassen innerstädtische Strecken mit dem Fahrrad absolvieren. Dabei ist die Abgrenzung der Radwege und Fussgänger zentral für das Sicherheitsgefühl des Langsamverkehrs. Separate und farbig markierte Spuren und Radwege können helfen, Velofahrer\*innen gegenüber dem restlichen Fliessverkehr abzugrenzen. Die Vergrösserung der Fläche für den Langsamverkehr muss zwingend auf Kosten des motorisierten Verkehrs gehen.
- Ob die Velobrücke oberste Priorität bei der Förderung des Veloverkehrs verdient hat, ist in Frage zu stellen. Ein Projekt wie die Velobrücke ist nur dann sinnvoll, wenn die restliche Infrastruktur nicht vernachlässigt wird. Die Verbesserung der Veloroute zwischen Ostermündigen und der Länggasse kann aber eine Chance sein. Insbesondere dann, wenn gleichzeitig Massnahmen realisiert werden, die Berns Strassen für den Autoverkehr unattraktiver machen.



- Wir fordern mehr gratis Veloparkplätze am Bahnhof und der Innenstadt. Auch in den überwachten Velostationen soll es – wie z.B. in Basel – Gratisparkplätze haben.
- Bei den städtischen Velostationen sollen auch Lastenvelos vermietet werden, damit Menschen, die auf ein Auto verzichten, die Möglichkeit haben, schwerere und grössere Sachen innerhalb von Bern zu transportieren.

## Energie

Bern tut sich schwer mit dem schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und den fossilen Energien. Das Gespenst einer Stromlücke kursiert weiter, obwohl der Sommer 2015 zeigte, dass die Schweiz gut ohne Atomstrom auskommt. Wir sind überzeugt, dass die Herausforderungen nicht nur mit mehr Effizienz und Investitionen in die erneuerbaren Energien gemeistert werden können; genauso nötig ist die Förderung der Selbstversorgung sowie von Lebensweisen, die auf einen reduzierten Verbrauch natürlicher Ressourcen und Konsumverzicht aufbaut, um die Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten.

- Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und die Stilllegung aller noch betriebenen Atomkraftwerke (AKW). Gas- und Kohlekraftwerke sind keine Alternativen dazu.
- Das AKW Mühleberg wird uns trotz der beschlossenen Abschaltung per 2019 noch über Jahre beschäftigen. Einerseits muss die Sicherheit während den letzten Betriebsjahren und der nachfolgenden Stilllegungsmassnahmen gewährleistet werden. Das heisst auch, dass die heute bekannten Missstände beseitigt werden müssen. Andererseits muss der Abbau durch die Betreibergesellschaft sichergestellt werden und darf keine zusätzlichen Kosten für die öffentliche Hand zur Folge haben.

- Bern soll bis 2040 eine 1000-Watt-Stadt werden. Dazu sind verschiedene Massnahmen im Bereich der Energie-, Verkehrs- und Wohnbaupolitik notwendig.
- Wir fordern die Nutzung erneuerbarer Energien. Wir setzen uns ein für die Errichtung von dezentralen Kleinkraftwerken, energieautarken Regionen und den Bezug von Energie aus lokaler Produktion. Neben der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung schaffen diese Arbeitsplätze und erhöhen die regionale Wertschöpfung.
- Neben der Förderung erneuerbarer Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz durch bauliche und technologische Massnahmen muss vor allem der Energieverbrauch der Konsument\*innen reduziert werden. Dazu sind neben Informationskampagnen und Bildungsprojekten für eine nachhaltige Entwicklung Abgaben und Recycling-Konzepte geeignete Mittel.
- Der Energieverbrauch kann nur mit Anreizen gesenkt und auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Dazu sind mehrere Massnahmen erforderlich:
  - Erstens fordern wir eine konsequent höhere Besteuerung aller fossilen Energieträger wie Heizöl, Benzin, Diesel oder Erdgas.
  - Zweitens muss der Standardstrom ein Mix aus erneuerbaren Energien sein. Der bis zum Zeitpunkt der Abschaltung der Atomkraftwerke produzierte AKW-Strom soll nur noch auf expliziten Wunsch der Kund\*innen geliefert werden.
  - Drittens soll die Preispolitik der Energieversorger wie z.B. ewb (Energie Wasser Bern) so ausgestaltet werden, dass AKW-Strom teurer ist als solcher aus erneuerbaren Energien. Entscheidend ist dabei, dass der Grundbedarf für alle bezahlbar bleibt und erst Luxusverbrauch teurer wird. Mithilfe von energiesparenden Geräten, Sanierungen und Konsumverzicht kann der Grundbedarf sukzessive gesenkt werden.

- Viertens soll die ewb vermehrt und proaktiv beraten, wie Energie eingespart werden kann. Projekte der ewz (Elektrizitätswerk der Stadt Zürich) und anderer Energieversorgungsunternehmen können dabei als Vorbild dienen.
- Gegen die Erhitzung des städtischen Raumes soll zukünftig auf Quartierstrassen Schotter verwendet werden. Auch soll vermehrt weisse Farbe zur Gestaltung öffentlicher Plätze und Strassen aufgetragen werden.
- In der laufenden Legislatur haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich die Stadt an „Mühleberg verfahren“ beteiligt und dass die BKW nicht mehr auf öffentlichem Grund, also dem Viktoriaplatz, ihre Werbefahnen aufhängen darf. Die Fahnen sind weg, das AKW Mühleberg läuft jedoch noch weiter und der Rückbau wird auch noch Jahrzehnte dauern.

## Bildung

Bildung muss ihren humanistischen und emanzipatorischen Anspruch auch in Zeiten der Ökonomisierung aller Lebensbereiche aufrechterhalten. Bildung bedeutet nicht das Ausbilden von verwertbaren Skills und das Heranzüchten von angepassten Konsument\*innen, sondern die aktive Auseinandersetzung des Individuums mit der Welt, insbesondere mit der kulturellen, sozialen und politischen Wirklichkeit.

Bildung ist ein öffentliches Gut, das die Gesellschaft etwas kosten darf und soll. Sie soll grundsätzlich staatlich organisiert und finanziert werden. Dabei darf es nicht um ideologische Gleichschaltung und verbesserte ökonomische Verwertbarkeit gehen, sondern um die Koexistenz von bewährten öffentlichen und alternativen Konzepten. Diese können durch neue „Experimentierschulen“ ergänzt werden, in denen neue Lern- und Bildungskonzepte gelebt werden können, wie z.B. Formen des „offenen Unterrichts“.

Einsparungen bei der Bildung sind immer mit Qualitätseinbussen verbunden, weil fast nur bei den Löhnen Sparpotential vorhanden ist. Dementsprechend werden Lektionen gekürzt oder das Betreuungsverhältnis (Anzahl Schüler\*innen pro Lehrperson) erhöht, was zwangsläufig zu schlechteren Arbeits- und Lernbedingungen – für Lehrkräfte ebenso wie für die Schüler\*innen und Studierenden – führt.

- Sowohl im Lehrplan 21 als auch im neuen Lehrplan fürs Gymnasium ist „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ prominent platziert. Allerdings ist die konkrete Umsetzung weitgehend offen, insbesondere wurden dafür keine Lektionen gesprochen. Die Stadt Bern soll eine Pionierrolle einnehmen und Projekte zur Umsetzung durch entsprechende Gefässe im Stundenplan, in der Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen und Unterrichtsmaterial fördern.
- Die Stadt soll in städtischen Bildungseinrichtungen Produktionsküchen einbauen, um eine nachhaltige Ernährung verbindlich zu fördern. Gemeinschaftliches, saisonales Kochen stärkt sowohl das Bewusstsein für gesunde Ernährung, die Vermeidung von Lebensmittelabfällen (Foodwaste) wie auch das gemeinsame Handeln.
- Weiter soll durch Projekte mit engem Bezug zum Alltag der Schüler\*innen die Auseinandersetzung mit den Folgen von Konsum, der Nutzung fossiler Energieträger und den Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie das Umsetzen von nachhaltigen Lösungen ermöglicht werden.
- Bildungseinrichtungen als Ort der Begegnung haben in Bezug auf die Integration verschiedener sozialer Gruppen eine grosse Verantwortung. So können beispielsweise Projekte, die den Austausch und die Zusammenarbeit mit Migrant\*innen ermöglichen, Begegnungen über die kulturellen Grenzen hinweg fördern. Gemeinsame Projekte mit der migrantischen Diaspora sind eine Grundlage zur Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz betreffend Kolonialismus, Rassismus, globalen wirtschaftlichen Ungleichheiten (u.a. Waffenexporte, Rohstoffhandel etc.) sowie Demokratie und Menschenrechten.

- Die Bildungscoalition der NGOs leistet einen wichtigen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Bildungspolitik. In Zeiten, in welchen die SVP Lehrpersonen wegen „linker“ Äusserungen im Unterricht öffentlich an den Pranger stellt, ist eine solche Stimme zentral. Die städtischen Verwaltungs- und Bildungsinstitutionen sind aufgefordert, sich mit den Positionen der Bildungscoalition der NGOs auseinanderzusetzen, sie zu prüfen und je nach Ergebnis aktiv Massnahmen umzusetzen.